



TOP 1

Aussprache zur Regierungserklärung der
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
vom 15. September 2010

Rede des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
Norbert Römer

anlässlich
der Plenarsitzung am 16. September 2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

I.



I. Der 9.Mai 2010 – eine historische Wahlentscheidung!

Anrede,

wir diskutieren heute über die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin. Es ist die Stunde des Parlaments, und zwar so, wie selten in der Geschichte unseres Landes.

Es hätte auch die Stunde der Opposition werden können.

Herr Laumann: Es war Ihre Chance, den Bürgerinnen und Bürgern Ihre Alternativen aufzuzeigen, Ihre Alternativen zu den Konzepten und Zielen, die Ministerpräsidentin Kraft gestern für die Landesregierung vorgestellt hat.

Fehlanzeige: Sie haben die Chance ausgelassen. Sie haben Ihre Alternativen nicht genannt. Vielleicht haben Sie aber auch deshalb Alternativen nicht nennen können, weil Sie immer noch keine haben. Sie sind in alte Rituale zurückgefallen, haben in Polemik gemacht statt konstruktive Kritik zu äußern.

Das ist nicht gut – für die Sache nicht, aber auch nicht für Sie als Opposition, Herr Laumann!

Ich bin sicher, die Menschen in NRW wollen etwas anderes. Sie wollen einen anderen Politikstil. Sie wollen, dass auch die Opposition sie ernst nimmt!

Ich will deshalb klipp und klar herausstellen, wo die SPD-Fraktion steht, wie wir in der parlamentarischen Arbeit die besten Lösungen für unser Land finden werden und warum wir als Regierungskoalition mit Bündnis 90/Die Grünen für die Menschen im Land die bessere Alternative sind!

Der 15. Juli 2010 war der Tag, an dem in Nordrhein-Westfalen ein neues Kapitel aufgeschlagen wurde, der Tag, an dem der Landtag Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Kraft zur Ministerpräsidentin gewählt hat, zu unser aller Ministerpräsidentin.

An diesem historischen Tag hat Frau Ministerpräsidentin ihrem Amtsvorgänger für die in den vergangenen fünf Jahren geleistete Arbeit offiziell gedankt.

Das war nicht nur honorig, das war auch nicht nur pflichtschuldig! Damit hat sie das erste klare Zeichen für einen Wandel in der parlamentarischen Kultur der Auseinandersetzung gesetzt.

Den politischen Wettbewerber, auch den politischen Gegner persönlich nicht herabsetzen, ihn in seiner persönlichen Integrität nicht beschädigen, sondern ihm mit Respekt begegnen – auch in der härtesten sachlichen Auseinandersetzung, das ist unsere Vorstellung von einer neuen politischen Kultur in diesem Hohen Haus und auch im Land.

Das hat unsere Ministerpräsidentin am 15. Juli hier gezeigt und so werden wir es weiter halten.

Ihr Handeln war das ganz praktische Beispiel für die politische Aussage: Wir werden die parlamentarische Diskussion im Interesse der Sache, im Interesse unseres Landes führen. Wir werden eine verantwortungsvolle Politik machen und den Menschen in den Mittelpunkt stellen, ihm Zuversicht auch in schwierigen Zeiten geben. Wir sagen, was wir tun – und wir tun, was wir sagen!

Es geht uns also um konkrete, praktische Problemlösungen und nicht um parteipolitische Konfrontation, noch viel weniger um Rechthaberei.

II. CDU und FDP haben das Vertrauen der Menschen in atemberaubender Geschwindigkeit verspielt!

Die Menschen in NRW haben CDU und FDP nach nur fünfjähriger Amtszeit wieder auf die Oppositionsbänke zurück geschickt. Nach nur einer Legislaturperiode abgewählt, dafür gibt es kein Beispiel. Das ist und das bleibt ein Alleinstellungsmerkmal von Schwarzgelb.

Das Wahlergebnis vom 09. Mai hat zwei klare Botschaften:

Erstens:

Die Regierung Rüttgers hat das ihr geschenkte Vertrauen in atemberaubender Geschwindigkeit verspielt. Die Menschen in NRW haben reagiert und ihr eine zweite Chance nicht mehr gegeben.

Sie hatten erkannt: Mit ihrer Politik hat die Regierung Rüttgers nicht versöhnt, sondern sie hat unser Land gespalten. Das hat nichts mit dem Vorbild Johannes Rau zu tun! Meine Damen und Herren von der CDU: Sie haben das Gegenteil von dem getan, was die Lebensmaxime von Johannes Rau war. Seine Fußstapfen waren erkennbar zu groß für Jürgen Rüttgers.

Zweitens:

Die Menschen haben nach der Wahl 2005 schnell das wahre Gesicht der Regierung Rüttgers erkannt: angetreten mit der Losung „Privat vor Staat“, umgesetzt im praktischen Handeln mit „Eigennutz vor Gemeinnutz“.

Die Betroffenen wurden nicht angehört, ihre Kritik wurde nicht ernst genommen:

nicht bei der frühkindlichen Bildung am Beispiel des von Ihnen so genannten Kinderbildungsgesetzes, nicht bei der Schulpolitik, dem Wunsch und dem Bedarf der Eltern und ihrer Kinder an wohnortnahen,

hochwertigen Bildungsangeboten, mit dem barrierefreien Zugang zu allen Schulabschlüssen.

Lehren aus begründeter Kritik haben Sie nicht gezogen. Sie haben „stur“ und unbelehrbar ihre einmal gefassten politischen Ziele umgesetzt, ohne kritische Selbstreflektion, ohne Kompromissbereitschaft und ohne jede Einsichtsfähigkeit. Sie haben „durchregiert“: Gegen die Stadtwerke, gegen die Erzieherinnen, gegen die vitalen Interessen der Städte und Gemeinden, gegen den Klima- und Umweltschutz.

Wir alle haben doch noch die vielen Demonstrationen und Kundgebungen gegen eine falsche Politik in lebhafter Erinnerung. So viele Menschen waren in unserem Land noch nie so kurz nach Amtsantritt einer Regierung aufgebracht und wütend auf der Straße wie gegen die Regierung Rüttgers.

Sie haben gravierende Fehler gemacht. Ganz gleich, ob Factory Outlet Center, der Termin der Kommunalwahl, mehrfach der Landeshaushalt oder der unsägliche Regierungsmurks beim Kraftwerk Datteln: Oberste Gerichte mussten Sie ein ums andere Mal in die Schranken weisen, vor wenigen Tagen noch bei der als Entbürokratisierung gepriesenen Zerschlagung der Versorgungsverwaltung!

Ihre Wahlniederlage am 9. Mai 2010 können Sie deshalb auch nicht als das Ergebnis des schwarz-gelben Regierungsversagens in Berlin abtun! Die schlechte Politik, die Sie hier gegen die Menschen in NRW gemacht haben, hat dazu geführt, dass diese Menschen Ihnen eben keine zweite Chance gegeben haben. Das ist die für sie bittere Wahrheit und das bleibt die bittere Wahrheit.

Ich verstehe ja, dass Sie sich nach einer solchen Wahlniederlage neu sortieren müssen, aber es ist schon erschreckend für den Zustand der CDU, dass ihre Regionalkonferenzen sich mit Vielem befassen, nur nicht mit den Herausforderungen der Landespolitik.

Bis heute bestimmt die Personaldebatte das Bild der NRW-CDU. Mehr gibt es nicht. Wohl auch deshalb haben Sie keine einzige wirkliche landespolitische Alternative zu der Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Kraft nennen können.

Sie schmoren im eigenen Saft, meine Damen und Herren der CDU. Sie sollten sich endlich daraus befreien, damit Sie eine kraftvolle konstruktive Opposition werden können.

III. SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind handlungsfähig - mit schnellen Neuwahlen rechnet niemand, selbst die Opposition nicht!

Wer ein Unternehmen klug und strategisch zu führen versteht, weiß:

Nachhaltiger unternehmerischer Erfolg ist ohne die Fähigkeit zur selbstkritischen Überprüfung nicht möglich, ebenso wenig ohne die Bereitschaft, die Unternehmensziele immer wieder mit der Nachfrage der Kunden abzugleichen. Ändern sich die Nachfragebedingungen, muss das Angebot darauf eine Antwort geben können.

Genau das haben wir gemacht! Die SPD hat die Zeit in der Opposition effektiv und verantwortungsvoll genutzt, nicht selten gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen.

Wir haben Partei, Personal und Programm neu aufgestellt. Wir haben wieder neu gelernt – auch lernen müssen, auf Betroffene zuzugehen, ihnen zuzuhören, sie ernst zu nehmen und einzubeziehen in die politische Meinungsbildung. Wir haben „Betroffene zu Beteiligten“ gemacht!

Wir haben erfahren können, dass der Streit um der Sache willen lohnt und von den Menschen akzeptiert wird. Sie erwarten dann aber auch klare, transparente und nachvollziehbare Entscheidungen, die eine Lösung für die praktischen Probleme im Alltag bieten.

Zugegeben, es wäre schön gewesen, einen Wahlsieg zu erreichen, der für Bündnis 90/Die Grünen und uns 91 Sitze ergeben hätte. Noch mehr wäre noch schöner. Aber was nicht ist, ist nicht.

Fakt ist aber auch: Wir haben mit unseren 90 Stimmen eine klare Mehrheit gegenüber den 80 Stimmen der abgewählten schwarz - gelben Koalition. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Ich sehe hier im Landtag niemanden, der Neuwahlen will. Sie von der Opposition nicht, weil Sie sich für sich davon keinen Erfolg versprechen. Wir brauchen Neuwahlen nicht, weil wir einen Regierungsauftrag haben.

IV. Die Regierung aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – eine Chance für den Parlamentarismus, eine Chance für einen sozial gerechten und fortschrittlichen Neuanfang!

Regierungen ohne absolute Mehrheit sind in anderen Ländern eine vertraute parlamentarische Situation, bei uns in Deutschland sind sie eine ungewohnte politische Konstellation. Hier in NRW ist das erstmals so.

Eine Regierungskoalition ohne absolute Mehrheit ist ohne Zweifel eine neue große Herausforderung für uns als Koalitionsfraktionen. Sie ist auch eine Herausforderung für die Opposition. Zusammen genommen kann sie aber auch eine Chance für unser Parlament sein, weil sie unsere als Abgeordnete, als Fraktionen stärkt, weil sie die politische Diskussion fördert und den politischen Wettbewerb um die besten Lösungen belebt. Wir stellen uns dieser Herausforderung.

Die entscheidende Frage für die Lösung der drängenden Probleme heißt:
Was wird der Sache am besten gerecht?

Wie wir uns das vorstellen, das sagen wir klar in unserem
Koalitionsvertrag, mit verbindlichen und verlässlichen Vereinbarungen.

Die Überschrift des Koalitionsvertrages ist Programm. Wir wollen auf allen
zentralen Politikfeldern gemeinsam neue Wege gehen, mehr Chancen
eröffnen, und alle Potenziale nutzen!

SPD und Bündnis 90/Die Grünen, wir stellen uns jedenfalls unserer
Verantwortung auch in dieser schwierigen Zeit – einer Zeit voller
Ungewissheit und Unsicherheit, aber auch mit neuen Chancen für eine
andere parlamentarische Zusammenarbeit und immer neue Mehrheiten.
Das Parlament, unser Landtag, meine Damen und Herren, kann dabei
gewinnen und neues Vertrauen in die parlamentarische Demokratie
begründen. Lassen Sie uns das gemeinsam versuchen. Wir sind dazu
bereit.

**Wir brauchen alle „Kraft“ für unser Land – Ganz gleich, wie Sie diesen Satz
verstehen wollen - er ist in jedem Falle richtig!**

Nordrhein-Westfalen steht vor wichtigen Weichenstellungen. Wir werden
daher mutige Schritte auf dem Weg der sozialen und ökologischen
Erneuerung des Landes gehen. Ja, mutig sind wir, nicht übermütig.

Wir gehen auf die Bürgerinnen und Bürger zu, auf die gesellschaftlichen
Gruppen, Vereine und Verbände, die Gewerkschaften und die
Unternehmen genauso wie auf die Kirchen und die anderen
Religionsgemeinschaften. Wir bitten sie, diesen Weg mit uns gemeinsam
zu gehen.

Diese Einladung richten wir ausdrücklich auch an die anderen Parteien und
Fraktionen des Landtages. Unser erklärtes Ziel ist es, das Vertrauen der

Menschen in Politik und in die Fähigkeit von Politik zu stärken, Probleme zu lösen!

Das Wahlergebnis zeigt, die Wählerinnen und Wähler wollten den Politikwechsel! Sie sind bereit für Veränderungen.

Wege aufzuzeigen, die viele Menschen bereit und imstande sind mitzugehen, gehört zur eisernen Wissensration einer Partei, die nicht auf die Oppositionsbänke abonniert ist, hat Willy Brandt uns gelehrt. Wir haben unsere Lektion gelernt. Wir werden das in die Hände nehmen und unsere Kräfte auf die zentralen Aufgaben bündeln.
Wir haben einen Plan für unser Land!

Die Ministerpräsidentin hat das gestern mit ihrer Regierungserklärung eindrucksvoll herausgestellt. Und wir werden sie und ihre Regierung nach besten Kräften dabei unterstützen, die Weichen in eine gute Zukunft für die Menschen in unserem Land in die richtige Richtung zu stellen. Auf die 90 Stimmen unserer Koalition bleibt Verlass.

Wir schaffen die Voraussetzungen für wirtschaftliche Stärke und Zukunftsfähigkeit, für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.

Damit ermöglichen wir den sozialen Aufstieg für mehr Menschen in unserem Land.

Damit legen wir die Fundamente, auf denen auch zukünftig Wohlstand in unserem Land entstehen kann.

V. Wir setzen unseren Gestaltungsauftrag für die Menschen in Nordrhein-Westfalen im Parlament konsequent um!

Eine alte parlamentarische Regel sagt: Es ist noch kein Gesetz so vom Parlament verabschiedet worden, wie es eingebracht wurde!

Da ist es keine Utopie, dass wir für unsere Politik, für unsere neue politische Kultur Unterstützung und neue politische Mehrheiten suchen. Ohne absolute Mehrheit im Parlament das Land politisch zu gestalten, verlangt, sich stärker zu öffnen für den politischen Dialog, Kompromissbereitschaft zeigen und lernfähig sein. Das verpflichtet uns, in allen Sachfragen auf mögliche Partnerinnen und Partner zuzugehen um Mehrheiten für eine wirtschaftlich gebotene, sozial und ökologisch ausgerichtete Politik der Vernunft zu gewinnen.

Das geht! In der Frage der Steinkohlepolitik haben wir eine gemeinsame Linie gefunden. Nur die FDP verweigert sich, vielleicht, weil sie vergessen hat, dass sie den Kohlekompromiss mit unterschrieben und das Steinkohlefinanzierungsgesetz in allen Teilen mitverantwortet hat.

Bei der Förderung unserer Kinder vor der Schule und in der Schule zeichnen sich auch Chancen für Gemeinsamkeiten ab. Vielleicht nicht sofort und sicher in allen Teilen, aber Chancen gibt es.

Auch für die Beseitigung von prekären Beschäftigungsverhältnissen und die Durchsetzung von Mindestlöhnen, damit Arbeit sich lohnt, wird es eine tragfähige politische Mehrheit geben, da bin ich ganz zuversichtlich.

Deshalb haben wir uns in den Koalitionsgesprächen auch darauf verständigt, was wir unter diesen neuen Bedingungen ändern wollen und was aus unserer Sicht, aus der Sicht der Verantwortung für Nordrhein-Westfalen zu ändern ist.

Ich will an einigen Stellen beispielhaft erläutern, wie wir diese Politik im Parlament begleiten und unterstützen werden: Nämlich – Sagen, was man tut, und tun, was man sagt!

Dazu gehört auch, die Fehler, die Sie als abgewählte Landesregierung in Ihrer Regierungszeit zweifellos gemacht haben, so rasch wie möglich und so gründlich wie nötig zu korrigieren.

Die beste Bildung für alle!

Wir sind weit weg von einem sozial gerechten Schulsystem, das alle Talente nutzt, das die Verschiedenheit schätzt, Leistung fördert und kein Kind zurücklässt. Wir sind weit weg von den Eltern, für die vor allem die individuelle Förderung ihrer Kinder ganz oben auf der Wunschliste steht. Das sture Festhalten an den bestehenden Strukturen hilft nicht. Wir alle wissen das doch.

Wichtig ist, Reformen im Schulsystem mit den Beteiligten vorzubereiten. Es ist allemal besser, Schritt für Schritt voran zu gehen, damit alle auf dem Weg mithalten können, damit keiner zurückbleiben muss.

Ja, wir haben unsere Lektion gelernt: Wir wollen und wir werden die Menschen mitnehmen in eine neue, eine bessere Schullandschaft für ihre Kinder. Wir geben jedenfalls keinen Anlass für einen Schulkrieg, wie manche sich das erhofft haben.

Ihre Plakate waren vor der Wahl falsch, meine Damen und Herren von CDU und FDP, und sie bleiben auch nach der Wahl falsch.

Das Beispiel der mehrheitlich CDU-regierten Gemeinde Ascheberg zeigt doch: Mit dem Angebot, Gemeinschaftsschulen einrichten zu können, sorgen wir nicht nur dafür, dass längeres gemeinsames Lernen unser Bildungssystem gerechter und leistungsstärker macht. Wir gehen auch auf die Kommunen und ihre Forderungen ein.

Weil es eben immer weniger Kinder gibt, ist die Gemeinschaftsschule ein attraktives und wohnortnahes Schulangebot. Mehrheiten der Vernunft sind auch und besonders im Bildungsbereich möglich! Ascheberg wird ein gutes Beispiel geben, da bin ich ganz sicher. Es wird noch viele Aschebergs in unserem Land geben, meine Damen und Herren, freuen wir uns darauf.

VI. Nordrhein-Westfälische Wirtschafts- und Energiepolitik – industriell, innovativ, beschäftigungswirksam

Wir werden unsere Wirtschaft stärken und zugleich wirksamen Klima- und Umweltschutz sicherstellen.

Beispiel Klimaschutz:

CDU und FDP wollten die CO₂-Emissionen bis 2020 um 33 Prozent reduzieren. Getan haben sie nichts. Erreicht haben sie deshalb sogar weniger als nichts. Die CO₂-Emissionen in NRW sind in ihrer Verantwortung nicht gesunken, sondern allein von 2005 bis 2007 um 8 Mio Tonnen gestiegen.

Unsere Richtschnur auch in der Klima- und Energiepolitik ist: Wir sagen was wir tun und wir tun was wir sagen.

Deshalb setzen wir uns ein geringeres CO₂-Minderungsziel, ein realistisches und ehrgeiziges zugleich. Minus 25 Prozent wollen wir erreichen – dies hinterlegen wir mit echten und wirksamen Maßnahmen.

Dies betrifft die Braunkohle in besonderem Maße. Die Einhaltung der Klimaschutzziele und die darauf basierende Sicherung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft macht es auch im rheinischen Braunkohlenrevier notwendig, dass Effizienzsteigerungen im Kraftwerkspark Zug um Zug umgesetzt werden. Effizienzsteigerungen müssen dazu führen, Ressourcen zu schonen und die absoluten jährlichen CO₂-Emissionen im rheinischen Revier kontinuierlich zu senken.

Beides ist wichtig: Kohlevorräte schonen und Treibhausgase vermindern. Blicke die Braunkohleförderung für die nächsten Jahrzehnte unverändert und würde diese Kohle überwiegend in Uralt-Blöcken verstromt, dann droht dem Revier der Stillstand. Dies droht umso mehr, wenn Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke den Umbau der Energieversorgung blockieren.

Die Klimaschutzziele wären nicht zu erreichen und es würde keine gute Zukunft für die Menschen und ihre Arbeitsplätze im Revier geben.

Wir werden hier aktiv handeln, um den Menschen im Revier eine gute Zukunft zu bieten. Gemeinsam mit dem Bergbau treibenden Unternehmen werden wir einen "Aktionsplan Rheinisches Revier" entwickeln, der zwei Leitzielen folgt:

- der zügigen und kontinuierlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen im Rheinischen Revier
- der zügigen und kontinuierlichen Steigerung des Anteils der regenerativen Energien an der Stromerzeugung.

Gleichzeitig wollen wir das in der Region vorhandene Potenzial an Technologie, Wissenschaft, Industriestruktur und gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für den Aufbau einer neuen nachhaltigen Wirtschaftsstruktur nutzen.

Die Maßnahmen bündelt das Programm "Innovationsregion Rheinisches Revier".

Anrede,

CDU und FDP haben immer versucht, hier einen Gegensatz zu konstruieren. Es gibt diesen Gegensatz aber nicht. Das Gegenteil ist richtig: Mit ökologischer Erneuerung und Klimaschutz sind große wirtschaftliche Chancen verbunden. Das bietet win-win-Situationen. Wir werden sie für Nordrhein-Westfalen nutzen. Mit dem „Fortschrittsmotor Klimaschutz“, mit der „ökologischen industriellen Revolution“ entstehen neue Arbeitsplätze, wird die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gestärkt und rückt der Klimaschutz in das Zentrum der Politik.

Wir in NRW wissen, dass wir auf absehbare Zeit auf die Nutzung von Kohle nicht verzichten können. Das gilt weltweit und das gilt auch für uns. Mit dem Weiterbetrieb alter Kraftwerke werden wir weder die Arbeitsplätze in unserer Industrie zukunftsfest machen noch unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen. Wir werden neben einem stetig steigenden

Anteil der Erneuerbaren Energien auch unsere Energieerzeugung auf hocheffiziente Blöcke mit einem möglichst hohen Anteil an Kraft-Wärme-Kopplung umstellen müssen. Neue, hocheffiziente Kraftwerke, auch Kohlekraftwerke sind ein aktiver Beitrag, um unsere Klimaschutzziele tatsächlich zu erreichen.

Selbstverständlich müssen bei jedem einzelnen Projekt die Umweltstandards eingehalten werden. Die Belastung der Bevölkerung muss weitestgehend begrenzt bleiben. Hier sieht das deutsche Umweltrecht aus gutem Grund sehr strenge Anforderungen vor.

Gerade das geplante E.ON-Kraftwerk in Datteln zeigt, wie schädlich sich der Regierungsmurks der abgewählten Regierung Rüttgers bis heute auswirkt.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat die rechtliche Reißleine gezogen und klipp und klar die handwerklichen Fehler im Verwaltungshandeln der abgewählten Landesregierung aufgedeckt.

Wir müssen uns deshalb mit den Kollateralschäden befassen. Die politische Baustelle Datteln ist das Erbe der Regierung Rüttgers. Sie hat mit fehlerhaftem Handeln und mit Nichthandeln in fünf Jahren ein Fiasko zu verantworten, das Seinesgleichen sucht. Nirgendwo in Deutschland sehen die Anwohner einen riesigen Kühlturm in den Himmel wachsen, der vielleicht wieder abgerissen werden muss. Durch schlimme Fehler der abgewählten Landesregierung droht in Datteln eine Investitionsruine. Das ist die bittere Wahrheit, meine Damen und Herren von CDU und FDP, und der sollten Sie endlich auch stellen und nicht weiter davon abzulenken versuchen

Der politische Schaden ist aber weit größer als der materielle. Wenn der Eindruck entsteht, Regierungen ändern Gesetze zum Wohlgefallen einzelner Konzerne, schadet das der Demokratie insgesamt.

Dass Umweltverbände bei der Streichung des Klimaschutzparagrafen aus dem Landesentwicklungsprogramm von einem „LEX E.On“ sprechen müssen, schadet sogar dem betroffenen Unternehmen selbst.

Dieser Murks der abgewählten Regierung Rüttgers trägt vor allem dazu bei, dass die sowieso schon arg geschundene Akzeptanz in neue Industrieprojekte noch weiter geschwächt wird. Das hat inzwischen nicht nur Industrie und Wirtschaft alarmiert, sondern auch Gewerkschaften und Naturschutzverbände auf den Plan gerufen.

Eine ungewöhnliche Allianz von Naturschutzbund NRW und DGB hat im Mai dieses Jahres ein gemeinsames Papier zur Zukunft des Industriestandortes NRW vorgelegt. In diesem bemerkenswerten Papier heißt es:

„Die Zeiten, in denen Wirtschaft, Arbeit und Umwelt gegeneinander ausgespielt werden, müssen der Vergangenheit angehören. Der Industriestandort NRW wird dann erfolgreich sein, wenn er sich konsequent einer ökologisch orientierten Industriepolitik verschreibt. Um diesen Grundgedanken in praktische Politik zu übersetzen, brauchen wir in NRW einen gesellschaftlichen Dialog über Ziele und Wege nachhaltiger Entwicklung in unserem Bundesland. Nachhaltigkeit muss zum zentralen Ziel der industriellen Entwicklung gemacht werden. Wir hier in NRW müssen zeigen, dass es geht. Oder anders herum: wenn wir nicht in NRW Wege finden, Industrie nachhaltig, also wirtschaftlich erfolgreich, sozial stark und umweltschonend zu gestalten, wer denn dann?“

Diese Initiative werden wir aufgreifen und deshalb laden wir alle gesellschaftlichen Kräfte ein, aktiv mitzuwirken. Eine solche Generationenaufgabe kann die Politik nicht allein schultern. Sie ist darauf angewiesen, dass alle, denen die Zukunft dieses Landes wichtig ist, mithelfen. Diesen Prozess werden wir anstoßen und zu einem bestmöglichen Ergebnis führen!

CDU und besonders die FDP haben immer versucht, künstliche Gegensätze zwischen Klimaschutz und wirtschaftlichem Erfolg zu konstruieren. Die Menschen wollen aber beides.

Wir suchen aktiv den Erfolg. Deshalb ist Klimaschutzpolitik immer auch ein Teil der Wirtschaftspolitik. Wirtschaftspolitik ist immer auch ein Teil der Klimaschutzpolitik. Auf die intelligente Verzahnung kommt es an. So gestalten wir in NRW den Wandel eines Industrielandes. Dabei ist unsere Wirtschaft Motor dieses Fortschrittes. Auch deshalb sind wir bundesweiter Spitzenreiter beim Export.

Viele ausländische Investoren haben aber kein reales Bild von der Wirtschaftskraft und der Attraktivität Nordrhein-Westfalens. Dies gilt beispielsweise für die Umwelt- und Klimaschutztechnologie. Um diese neuen Chancen in den Vordergrund zu stellen, wollen wir eine internationale Weltausstellung, die „EXPO Fortschrittsmotor Klimaschutz“, nach Nordrhein-Westfalen holen. Sie wird unser Schaufenster, um zu zeigen, welche innovativen Kräfte wir freisetzen und schon freigesetzt haben. Freuen wir uns darauf.

VII. Wir sind Anwalt der Kommunen – in Stadt und Land!

Wir werden die Kommunen in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig machen und ihnen eine Zukunft geben. Nur starke Städte, Gemeinden und Kreise können für ihre Einwohnerinnen und Einwohner Lebensqualität und Sicherheit gewährleisten. Die soziale, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes hängt entscheidend davon ab, dass die Kommunen aktiv dabei mitwirken können.

Sie werden daher sehen, dass der Aktionsplan Kommunalfinanzen alles andere als ein „Strohfeuer“ ist. Es reicht nicht aus, nur mit dem Finger auf Berlin zu zeigen und auf eine aufgabengerechtere Neuordnung der Finanzmittel zwischen Bund und Ländern zu warten.

Ohne Zweifel, die Diskussion darüber, dass eine ausreichende Finanzausstattung den Aufgaben folgen muss, ist überfällig. Wie in der Schule gilt auch hier: Auch das Land Nordrhein-Westfalen muss seine

Hausaufgaben machen! Das haben Sie als abgewählte Regierungskoalition nicht getan, sondern Sie haben Landesaufgaben auf die Kommunen verlagert, ohne die auskömmlichen Mittel bereit zu stellen!

Wir werden deshalb die kommunale Selbstverwaltung wieder stärken und die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen erweitern. Wir beenden den Raubzug der vergangenen fünf Jahre durch die kommunalen Kassen und helfen den Gemeinden, sich finanziell zu konsolidieren.

Es bleibt dabei: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Darauf müssen unsere Kommunen sich verlassen können.

Wir werden den Kommunen auch mehr eigenverantwortlichen Spielraum für Zukunftsinvestitionen geben. Unser Ziel ist daher, die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunalwirtschaft zu erhalten. Dies gilt insbesondere für die Stadtwerke, die selbst gegenüber den vier großen Energieunternehmen zum Träger des Wettbewerbs und zum Entwicklungsmotor für regenerative und dezentrale Versorgungsstrategien geworden sind.

Wir werden die Fesseln "Privat vor Staat", die Sie der Kommunalwirtschaft angelegt haben, durch eine Neufassung des Kommunalwirtschaftsrechts wieder lösen und die überregionale Wettbewerbsmöglichkeit der kommunalen Energieversorger sichern. Unsere Stadtwerke sind ein starkes Stück NRW und dass sollen sie auch bleiben.

VIII. Integration in NRW erfolgreich gestalten!

Nordrhein-Westfalen ist wie kein anderes Bundesland von Einwanderung geprägt. Ein Viertel unserer Bevölkerung hat Migrationshintergrund. Wir begreifen das als Stärke unseres Landes und wollen die Integrationspolitik im Land weiterentwickeln. Integration kann nur gelingen, wenn sich Staat und Gesellschaft für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben einsetzen.

Über das, was zur erfolgreichen Integration notwendig ist, bestand fraktionsübergreifend seit der gemeinsamen Integrationsoffensive aus dem Jahre 2001 weitgehender politischer Konsens. Die aktuelle Diskussion, was in der Integrationspolitik notwendig ist, ist zu wichtig, als dass man sie einer Stammtischdebatte überlassen dürfte, denn wir haben nicht nur Versäumnisse und Rückschläge, wir haben auch Erfolge in der Integration. Unsere Abgeordneten mit Migrationshintergrund hier im Landtag sind ein Beleg dafür!

Wir brauchen allerdings auch eine kritische, und selbstverständlich auch eine selbstkritische Debatte über den Stand der Integration in Deutschland. Wir müssen über erreichte Fortschritte, aber auch über anhaltende Probleme und Defizite reden. Wir brauchen eine Debatte, die unbequeme Wahrheiten anspricht und anpackt:

Wir müssen feststellen:

Wenn jemand Aische oder Faruk heißt und trotz guter Schulleistungen keine Ausbildung bekommt, dann stimmt etwas nicht mit der Integration.

Wahr ist aber auch: Es existieren immer noch teils erhebliche Bildungs- und Sprachdefizite bei jungen Migrantinnen und Migranten in unserem Land.

Wenn wir wissen, dass in NRW die Arbeitslosenquote von Ausländern aktuell fast dreimal so hoch ist wie der Durchschnitt, liegt doch die Erkenntnis nahe: Integration ohne Integration in den Arbeitsmarkt ist nicht denkbar. Arbeit, Soziales und Integration müssen zusammen gedacht werden.

Integration verlangt faire Chancen, aber auch klare Regeln. Unser Grundgesetz bietet Raum für kulturelle und religiöse Vielfalt. Wir brauchen eine Diskussion auch über die Grenzen, die unser Grundgesetz setzt, die niemand überschreiten darf, auch nicht unter Hinweis auf Tradition oder Religion.

Die Debatte muss in der Auseinandersetzung und im Ton sachlich sein. Pauschalierungen und Polemisierungen helfen niemanden. Das von unserer Ministerpräsidentin angekündigte nordrhein-westfälische Integrationsgesetz bietet die Chance, einen offenen und ehrlichen Dialog über bestehende Probleme und notwendige Lösungen zu führen. Wir sind gut beraten, unsere junge Generation aktiv mit einzubeziehen! Soziale Herkunft und familiäre Zuhause dürfen auch hier keine Barriere für eine gerechte Zukunftschance sein.

Für die junge Generation ist auch wichtig, das will ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, dass wir eine nachhaltige Finanzpolitik praktizieren.

Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Den Nachtragshaushalt, den wir jetzt auf den Weg bringen, dient genau diesem Ziel.

Dazu müssen wir erst einmal einen Kassensturz machen, um zu sehen, wo wir stehen.

Die Ministerpräsidentin hat gestern die Felder aufgezählt, wo Sie uns einen finanziellen Problembereich hinterlassen haben – ich nenne nur Kibiz, Kommunal финанzen oder die WestLB.

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft, vor allem in die Zukunft unserer Kinder. Investitionen, die wir jetzt stemmen müssen – deren gesellschaftliche Rendite aber erst in einigen Jahren spürbar sein wird.

Ich will mich aber gar nicht um den kritischen Punkt dieser Debatte herumdrücken.

Ja, wir werden neue Schulden machen, wir müssen neue Schulden machen.

Wir werden allerdings schon beim Haushalt 2010 alle Möglichkeiten ausloten, um die Neuverschuldung zu senken – nachhaltig zu senken.

Das wird nicht einfach werden. Aber wir wissen, dass es ohne eine solide Finanzpolitik keine nachhaltige Politik für unser Land geben kann. Damit fangen wir jetzt an. Mit aller Leidenschaft.

IX. Mit Leidenschaft für unser Nordrhein-Westfalen!

Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat ihre gestrige Regierungserklärung mit dem Bekenntnis zur Leidenschaft in der Sache für unser Land abgeschlossen. Das verbindet sie mit Vernunft und Pragmatismus, Besonnenheit und einem notwendigen Maß an Gelassenheit, die Suche nach Konsens, das Machbare tun, ohne das Wünschbare aus den Augen verlieren.

Diesen Weg wird die SPD-Fraktion in engem Schulterschluss gemeinsam mit ihr gehen, um Nordrhein-Westfalen mit Leidenschaft voran zu bringen.

Glückauf!